

<https://www.morgenpost.de/autoren/thomas-schubert/>
Von Thomas Schubert, Leiter Bezirke
21.03.2025

Bau von Flüchtlingsunterkunft blockiert: Gesobau macht Zaun-Ansage



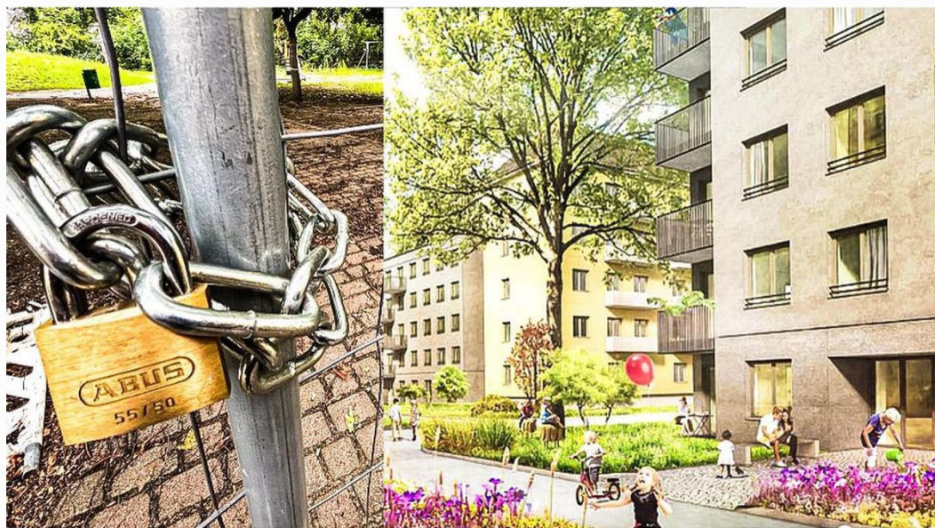
18 Monate tobt der Streit um Baumfällungen für eine Flüchtlingsunterkunft mit zwei Häusern für bis zu 422 Bewohner an der Kavaliertstraße in Pankow. Anwohner sehen die Einzäunung als Affront. Sperrt die Gesobau jetzt auf? © Berliner Morgenpost | Thomas Schubert

Berlin. Um zwei Jahre könnte sich der Baustart der Flüchtlingshäuser in den Höfen der Gesobau in Pankow verzögern. Werden die Zäune niedrigerissen?

Und wieder grünen Bäume, die vor **18 Monaten schon gefällt sein sollten**. Wieder beginnt die Jahreszeit, in der Kettensägen ruhen müssen. Und wieder keimt mit den frischen Knospen die Hoffnung der Anwohner, dass sie ein Wohnungsbauprojekt in ihren Innenhöfen stoppen können. Ein Projekt, das sie als klimaschädlich bewerten. Trotz „hoher Dringlichkeit“, zwei Flüchtlingshäuser zwischen den Innen-Mauern der Gesobau-Siedlung zu errichten, fällt die Rodung der Bauflächen an der Kavaliertstraße in Pankow flach. Seit Herbst 2023 versuchen die Senatsbauverwaltung unter Christian Gaebler (SPD) und die landeseigene Wohnungsbaugesellschaft vergeblich, das Projekt durchzuboxen. Seit

Herbst 2023 sind die Innenhöfe eingezäunt und 24 Stunden am Tag überwacht. So, als ob der Bau der beiden Sechsgeschosser morgen schon beginnen könnte.

Doch an jedem dieser Tage zwitschern Vögel – und es **schweigen die Sägen**. Nach neuesten Annahmen könnte es sogar bis zum Herbst 2025 dauern, bis eine Freigabe der Baumfällung aus dem Bezirksamt Pankow ergeht. Denn ein überarbeitetes Artenschutz- und Ausgleichskonzept der Gesobau fand keine Genehmigung bis zum Beginn der Schonfrist gegen Fällungen in diesem Herbst. Warum sind die Hofflächen dann noch abgeriegelt? Anwohner, die sich in der Initiative „Grüner Kiez Pankow“ organisieren, sehen den Zaun und die Videoüberwachung der Höfe als Affront, der sich seit 18 Monaten hinzieht.



Zwei grüne Höfe und ein Spielplatz an der Kavallerstraße in Berlin-Pankow sind verriegelt – damit der Neubau einer Flüchtlingsunterkunft bei einer Fällgenehmigung sofort starten kann. Doch die Genehmigung, sie kommt nicht. © Thomas Schubert / BM | Thomas Schubert

Flüchtlingshäuser haben hohe Priorität: Gesobau äußert sich zu den Zäunen

Wenn dem Projekt eine zweijährige Verspätung droht, wäre das nicht ein Anlass, abzurüsten und die Zäune zu öffnen? Nein, heißt es bei der Gesobau. Die hohe Dringlichkeit des Bauvorhabens rechtfertigt aus Sicht des Wohnunternehmens Maßnahmen, um **sofort zu starten**, sobald sich die Chance ergibt: „An der Errichtung der Wohnhäuser in der Kavallerstraße hält die Gesobau nach wie vor fest, um für Menschen mit

Fluchthintergrund ein würdiges Zuhause zu schaffen. Demzufolge wird das Baugrundstück weiterhin bis zum Baubeginn eingezäunt bleiben“, betont Sprecherin Birte Jessen auf Morgenpost-Anfrage.

Wie schon die Senatsbauverwaltung übt die Gesobau also indirekt Kritik daran, dass die Verhinderung des Wohnprojekts mit zwei Einzelhäusern und rund 420 Plätzen für Geflüchtete, die Lage in anderen Flüchtlingsunterkünften verschärft. Eine Argumentation, die Anwohner befremdet. Immer wieder betont die Nachbarschaftsinitiative, dass **Migranten sehr wohl in der Wohnsiedlung Kavallerstraße willkommen** sind. Und dass sich die Kritik nur auf die invasive Bauweise der Häuser in den grünen Innenhöfen richtet.



Platz für 422 Geflüchtete inmitten einer Nachkriegssiedlung: Trotz Genehmigung des Berliner Senats für zwei L-förmige Riegel der Wohnungsbaugesellschaft ruht das Projekt Kavallerstraße seit eineinhalb Jahren. © Berliner Morgenpost | Bezirksamt Pankow

Initiative Grüner Kiez Pankow: Kinder, Alte und Geflüchtete werden diskriminiert

Und gerade die Hof-Sperrung gehe auch zu Lasten von Geflüchteten, betont **Anwohnersprecherin Britta Krehl**: „Durch die seit 1,5 Jahren von der Gesobau durchgeführte Absperrung und Überwachung des Spielplatzes und der Wohngrünflächen werden nicht nur landeseigene finanzielle Ressourcen in Millionenhöhe verschwendet, sondern auch die

Anwohner, darunter auch Geflüchtete, von der Nutzung ihrer Wohngrünflächen ausgegrenzt. Sowohl die vielen alten Mieter als auch die Kinder der Nachbarschaft werden in ihrer Möglichkeit zu Erholung, Regeneration und gesundem Aufwachsen diskriminiert“, schreibt die Baukritikerin.

Immer wieder bringt die Initiative ein Verhandlungsangebot ins Spiel: Für eine Kompromisslösung, die auf eine **Verkleinerung des Projekts auf 70 statt 99 Wohneinheiten** und den Schutz von Bäumen abzielt.

Die Gedankenspiele, die eine solche Lösung herbeiführen wollen, gingen zuletzt sehr weit. Krehl und ihre Mitstreiter brachten bei einem Runden Tisch die „**Scheidung**“ von der **Gesobau** ins Spiel. Man warb für die Idee, dass der Bezirk Pankow die Wohnanlage der Gesobau in die Verantwortung einer Genossenschaft überführt. Ähnlich wie es beim „Tuntenhaus“ in Prenzlauer Berg geschah, wo der Bezirk ein Haus per Vorkaufsrecht sichern ließ, um ein gemeinnütziges Projekt der queeren Gemeinschaft zu retten.



Ein Anwohnerbündnis um Ute Pinke, Ilse Maria Feltz, Annika Geisler und Britta Krehl fordert eine klimaschonende Umplanung des umstrittenen Projekts Kavaliertstraße in Berlin-Pankow. © Berliner Morgenpost | Thomas Schubert

Wird die Gesobau-Siedlung verkauft? Pankow Baustadtrat äußert sich

Kann ein solcher Schritt im **Fall des Streitprojekts Kavaliertstraße** in Pankow gelingen? Pankows Baustadtrat Cornelius Bechtler (Grüne) zeigt zwar Sympathie für den Plan, das Wohnprojekt zu verkleinern. Aber

bleibt beim Thema Vorkaufsrecht skeptisch. So erklärt Bechtlers Sprecherin auf Anfrage: „Die Wohnanlage befindet sich im Eigentum der Gesobau. Und die Gesobau verfolgt nicht die Absicht, die Wohnanlage zu verkaufen.“

Damit sieht der Bezirk den Wunsch nach einem Eigentümerwechsel derzeit als „symbolisch“ an. Und wirbt erneut für eine Neuverhandlung des umstrittensten Bauprojekts für Flüchtlinge dieser Art. Es brauche hier eine **Einigung zwischen Senat, Wohngesellschaft, Bezirk und Bürgern**: „Der Bezirk wünscht sich nach wie vor eine einvernehmliche Lösung“, wirbt Stadtrat Bechtler für ein Ende der Blockade – die dieser Tage aber in weiter Ferne scheint.

